# Dienstvereinbarung

**über die Vertrauensarbeitszeit im**

**bei**

Zwischen

     ,

und

dem Personalrat bei      ,

wird gemäß § 78 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes auf der Grundlage von Abschnitt 18 der Vereinbarung über die Grundsätze für die gleitende Arbeitszeit in der niedersächsischen Landesverwaltung vom 23.04.1999 (Gleitzeitvereinbarung - GleitzVer -) folgende Dienstvereinbarung zur Vertrauensarbeitszeit geschlossen:

## § 1 Präambel

(1) 1Vertrauensarbeitszeit bedeutet, dass die teilnehmenden Beschäftigten (Beschäftigte) ihre vertraglichen oder dienstrechtlichen Verpflichtungen ohne Erfassung und Kontrolle der geschuldeten Arbeitszeit erfüllen und hierbei eigenverantwortlich unter Beachtung der dienstlichen Erfordernisse über die Lage ihrer Arbeitszeit entscheiden. 2Die individuelle Teilnahme ist freiwillig. 3Der Wechsel zwischen Vertrauensarbeitszeit und Gleitzeit ist jederzeit möglich. 4Zu diesem Zweck sind bei dem Wechsel in das Modell der Vertrauensarbeitszeit bestehenden Zeitguthaben für die Dauer der Teilnahme an der Vertrauensarbeitszeit einzufrieren. 5Minderzeiten sind vor dem Wechsel in das Modell der Vertrauensarbeitszeit auszugleichen. 6Weder durch die Teilnahme noch durch die Nichtteilnahme dürfen den Beschäftigten Nachteile entstehen.

(2) 1Ziel dieser Rahmendienstvereinbarung ist die Gewährleistung größtmöglicher Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten, wobei gleichzeitig eine effiziente Aufgabenerfüllung sichergestellt ist und die hohen Qualitätsanforderungen in der niedersächsischen Justiz beibehalten werden. 2Hierdurch soll die Motivation gefördert und eine flexible Gestaltung der Arbeitsbedingungen ausgebaut werden. 3Dies verlangt von allen Beschäftigten insbesondere ein hohes Maß an Eigenständigkeit, Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit, damit die übertragenen Aufgaben erfüllt und jederzeit ein reibungsloser innerbetrieblicher Ablauf gewährleistet ist. 4Im gleichen Maße steigen die Anforderungen an Führungskräfte.

## § 2 Geltungsbereich

(1) 1Vertrauensarbeitszeit wird vereinbart für

*[ ]  1. die Beschäftigten, die die Befähigung für das Rechtspflegeramt besitzen (Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger)*

*[ ]  \_\_. die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer*

*[ ]  \_\_. die Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte*

*[ ]  \_\_.die Justiz(fach)angestellten.*

*[ ]  \_\_.die Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes*

*[ ]  \_\_.*

 *2Für*

*[ ]  1. Rechtspflegeranwärterinnen und –anwärter*

*[ ]  \_\_. Justizsekretäranwärterinnen und –anwärter*

*[ ]  \_\_.*

*gelten die Bestimmungen dieser Vereinbarung mit der Maßgabe entsprechend, dass die Eigenverantwortlichkeit durch die Weisungen der Ausbilderin bzw. des Ausbilders am Arbeitsplatz sowie der Leitung der Lehrveranstaltungen beschränkt wird.*

*(2) Folgende Dienstposten werden von der Vertrauensarbeitszeit ausgenommen:*

1. *.*

## § 3 Arbeitsschutzbestimmungen

1Die jeweils geltenden Arbeitsschutzbestimmungen (z. B. Jugendarbeitsschutzgesetz, Mutterschutzgesetz, Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) und das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz bleiben von dieser Rahmendienstvereinbarung unberührt. 2Die Dienststellen und die Beschäftigten sind aufgefordert, diese Bestimmungen zu beachten. 3Zur Sicherstellung ist die Dienststelle verpflichtet, mindestens alle zwei Jahre entsprechende Schulungen durchzuführen.

## § 4 Sicherstellung des Dienstbetriebes

(1) 1Der Dienstbetrieb ist sicherzustellen. *2Hierzu gelten die in Anlage 1 vereinbarten Qualitätsstandards.*

*(2) 1Es gelten die aus Anlage 1 ersichtlichen Funktionszeiten.* 2Während der Sprechzeiten (§ 18 GOV) ist zu gewährleisten, dass jederzeit kompetente Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, um eine zeitnahe, qualifizierte und bürgerfreundliche Aufgabenerledigung zu gewährleisten. *3Sprechzeiten und Mindeststärken ergeben sich aus Anlage 1.*

## § 5 Arbeitszeit und Arbeitsort

(1) Die Beschäftigten bestimmen eigenverantwortlich über Beginn und Ende der Arbeitszeit.

(2) 1Für die Lage und Dauer der Arbeitszeit sind die arbeitszeitrechtlichen Schutzvorschriften zu beachten. 2An Werktagen von Montag bis Freitag zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr sowie an Wochenenden und an Feiertagen soll grundsätzlich nicht gearbeitet werden. 3Die werktägliche Arbeitszeit soll zehn Stunden nicht überschreiten; sie darf zwölf Stunden nicht überschreiten.

(3) 1Die dienstrechtlich geschuldete Arbeitsleistung ist grundsätzlich in der Dienststelle zu erbringen. 2Die Regelungen aus anderen Dienstvereinbarungen (z. B. Telearbeit oder mobile Arbeit) bleiben unberührt.

## § 6 Arbeitszeiterfassung

(1) 1Die Beschäftigten tragen eigenverantwortlich Sorge für die Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben. 2Die Leitung der Dienststelle verzichtet grundsätzlich auf die Erfassung und Kontrolle der geschuldeten Sollarbeitszeit.

(2) 1Die Arbeitszeit ist zur Dokumentation der Pausen-, Ruhe- und Höchstarbeitszeiten durch jede Beschäftigte bzw. jeden Beschäftigten aufzuschreiben und für die Dauer von zwei Jahren aufzubewahren. 2Die Dokumentation erfolgt

[ ]  elektronisch unter Nutzung eines Zeiterfassungsystems

[ ]  elektronisch

[ ]  handschriftlich. 3Die Dienststellenleitung ist verpflichtet, stichprobenartig Einsicht in die Dokumentation zu nehmen, um die Einhaltung der sozialen Arbeitsschutzbestimmungen zu kontrollieren. 4Die Dienststelle ist darüber hinaus zur Einsicht befugt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen im Einzelfall vorliegen. 5Die Personalvertretung ist an der Einsichtnahme zu beteiligen.

(3) Angeordnete Überstunden und Mehrarbeit sind stets und gesondert zu erfassen.

## § 7 Ausgleichstag

(1) 1Eine ganztägige Abwesenheit (Ausgleichstag) ist zulässig. 2Anwesenheitszeiten von weniger als zwei Stunden gelten als Ausgleichstag. 3Für Teilzeitbeschäftigte verringert sich die Stundenzahl nach Satz 2 entsprechend ihres Arbeitskraftanteils.

(2) 1Ausgleichstage sind der bzw. dem zuständigen Vorgesetzten rechtzeitig anzuzeigen. 2Der ordnungsgemäße Dienstbetrieb sowie die Einhaltung der Qualitätsstandards sind in geeigneter Weise sicherzustellen. 3Hinsichtlich der Anzahl der Ausgleichstage gilt Abschnitt 13 GleitzVer entsprechend.

(3) 1Zum Ausgleich von angeordneten Überstunden sowie Mehrarbeit (Abschnitt 12  GleitzVer) dürfen über Absatz 2 hinaus weitere Ausgleichstage in Anspruch genommen werden. 2Insoweit ist § 6 Absatz 3 zu beachten.

(6) 1Ausgleichstage dienen dem zeitnahen Ausgleich und sind daher nicht im Zusammenhang mit Erholungs- und Sonderurlaub zu nehmen. 2Die Inanspruchnahme eines Ausgleichstages löst einen Vertretungsfall nach dem Geschäftsverteilungsplan aus.

## § 8 Abweichende Regelungen

(1) Liegen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass die Vertrauensarbeitszeit missbraucht wird, soll die Dienststelle die betroffene Beschäftigte bzw. den betroffenen Beschäftigten zunächst befristet von der Vertrauensarbeitszeit ausnehmen, im Wiederholungsfall dauerhaft.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 bedürfen der Zustimmung des örtlichen Personalrats.

## § 9 Schlichtungsstelle

(1) 1Es wird eine Schlichtungsstelle gebildet. 2Dienststelle, Gleichstellungsbeauftragte, Personal- und Schwerbehinderten­vertretung stellen jeweils ein stimmberechtigtes Mitglied. 3Die Schlichtungsstelle kann von den Mitgliedern nach Satz 2 oder von jeder bzw. jedem Beschäftigten angerufen werden, wenn es bei der Anwendung dieser Dienstvereinbarung zu Konflikten kommt.

(3) 1Die Schlichtungsstelle entscheidet unverzüglich nach Anhörung der Beteiligten mit einfacher absoluter Mehrheit. 2Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. 3Die Stimmen der Dienststelle und der Gleichstellungsbeauftragten einerseits sowie die der Personal- und Schwerbehindertenvertretung anderer­seits sind übertragbar.

(3) 1Bei Entscheidungen nach § 8 soll die Dienststelle den Beschluss der Schlichtungsstelle berücksichtigen. 2Die Zustimmung des Personalratsvertreters gilt als Vorabzustimmung nach § 64 V NPersVG, bei Überstimmung jedoch nur, wenn nicht unverzüglich aus wichtigem Grund ein Mitbestimmungsverfahren geltend gemacht wird.

## § 10 Geltungsdauer

(1) 1Diese Rahmendienstvereinbarung gilt zunächst für 18 Monate als Experiment gemäß Abschnitt 18 GleitzVer. 2Vorbehaltlich der Zustimmung durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport nach Abschnitt 18 Absatz 2 Satz 4 GleitzVer verlängert sich diese Dienstvereinbarung jeweils um weitere 18 Monate.

(2) Die Vertragspartner sind berechtigt, diese Dienstvereinbarung mit einer Frist von vier Monaten zu kündigen oder sie einvernehmlich aufzuheben.

## § 11 Inkrafttreten

Diese Dienstvereinbarung tritt am       in Kraft.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Dienststelle) |  | (Personalrat) |
|  |  |  |
| (Ort, Datum) |  | (Ort, Datum) |
|  |  |  |  |  |
| (Name) |  | (Name) |

# Anlage 1

**zur Dienstvereinbarung vom**

**über die Vertrauensarbeitszeit bei**

## § 1 Funktionszeiten

(1) 1Für Beschäftigte in Vollzeit werden folgende Funktionszeiten vereinbart:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

2An Arbeitstagen vor Feiertagen sowie vor dem 24. und 31. Dezember entfällt die nachmittägliche Funktionszeit. 3Für Beschäftigte in Teilzeit, die ihre Arbeitszeit unregelmäßig so verteilt haben, dass sie an einzelnen Arbeitstagen wie Vollzeitbeschäftigte arbeiten, gelten die Sätze 1 und 2 an diesen Tagen entsprechend.

(2) Für Beschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit und regelmäßiger Verteilung der Arbeitszeit werden die folgende Funktionszeiten vereinbart:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

(3) Für die übrigen Beschäftigten in Teilzeit ist die Funktionszeit mit Zustimmung des Personalrats so zu regeln, dass zumindest teilweise Übereinstimmung mit den vorstehenden Funktionszeiten erreicht wird.

## § 2 Sprechzeiten

1Es gelten die folgenden Sprechzeiten:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

2An Arbeitstagen vor Feiertagen sowie vor dem 24. und 31. Dezember entfällt die nachmittägliche Sprechzeit.

## § 3 Mindeststärken

(1) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Mindeststärken:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

(2) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Mindeststärken:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

(2) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Mindeststärken:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Wochentag** | **vormittags** | **nachmittags** |
| **von** | **bis** | **von** | **bis** |
| **Montag** |  |  |  |  |
| **Dienstag** |  |  |  |  |
| **Mittwoch** |  |  |  |  |
| **Donnerstag** |  |  |  |  |
| **Freitag** |  |  |  |  |

## § 4 Qualitätsstandards

(1) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Qualitätsstandards:

(2) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Qualitätsstandards:

(3) Für die Abteilung / Gruppe / das Sachgebiet       gelten folgende Qualitätsstandards: